

Newsletter 04 / 2026

29. April 2026

Den aktuellen und auch ältere Newsletter finden Sie zum Download als PDF auf unserer [Website](#).

Liebe Leser*innen,

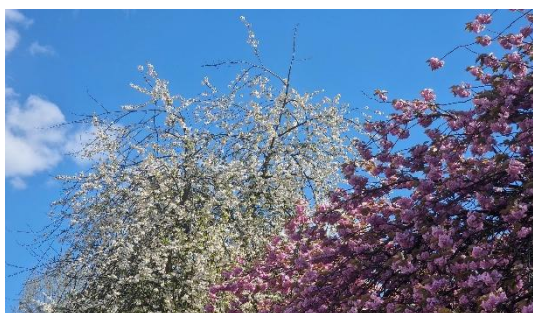
im Moment tut sich viel auf der Berliner Politikbühne. Vor allem legen wir Ihnen ans Herz, die Petition an den Bundestag „Teilhabe ist Menschenrecht! Keine Kürzungen der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung“ mitzuzeichnen. Initiiert von der Lebenshilfe unterstützen sie viele Verbände, so auch wir. Also bitte gleich informieren unter „Link des Monats“ und mitmachen!

Dazu ist unsere Rubrik „Neues aus Politik und Gesellschaft“ prall gefüllt. Leider werden zurzeit Einsparmöglichkeiten vor allem bei Menschen gesucht, die unter solchen Einsparungen am meisten leiden würden, wie zum Beispiel unsere Angehörige mit Assistenzbedarf. Dagegen werden wir uns in Zusammenarbeit mit anderen Verbänden nach Kräften wehren: Wie Sie wissen, ist unsere Sozialpolitische Sprecherin Rechtsanwältin Sabine Westermann im Deutschen Behindertenrat aktiv und gut vernetzt und bringt unsere Interessen dort ein.

Bleiben wir stark!

Ihre Newsletter-Redaktion

Volker Hauburger und Alfred Leuthold



Link des Monats

**Teilhabe ist Menschenrecht!
Keine Kürzungen der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung –
Petition jetzt unterzeichnen!**



Mit der Kampagne „Teilhabestmenschrecht“ setzt sich die Bundesvereinigung Lebenshilfe dafür ein, die Eingliederungshilfe als zentrales Recht auf Teilhabest zu sichern. Wir, Anthropoi Selbsthilfe, unterstützen die Kampagne und die Petition. Beteiligen auch Sie sich persönlich!

Hintergrund sind aktuelle Diskussionen über mögliche Einsparungen, die Leistungen für Menschen mit Behinderungen betreffen könnten. Bund, Länder und Kommunen haben schon auf 108 Seiten Pläne zur Kosteneinsparung in der Kinder- und Jugendhilfe und der Eingliederungshilfe hinter verschlossenen Türen erstellt.

Die Petition macht deutlich: Unterstützung im Alltag ist keine freiwillige Leistung, sondern ein Menschenrecht und Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben.

Mitmachen und unterschreiben / Zur Petition:

<https://www.teilhabeistmenschrecht.de/>

Die Petition kann [online](#) über die Kampagnenseite unterzeichnet werden. Dort besteht auch die Möglichkeit, sich weiter zu informieren und das Anliegen zu teilen.

Die Unterschrift erfolgt dann digital auf der Petitions-Website des Bundestags (Petition 195716).

Es gibt aber auch die Möglichkeit einer Unterzeichnung auf Papier auf Unterschriftenlisten:

https://www.lebenshilfe.de/fileadmin/Redaktion/Bilder/4_Mitmachen/Kampagnen/Wichtige-Hinweise-Unterschriftenlisten_Vorlage-Unterschriftenliste.pdf

Jede Unterschrift gegen Kürzungen an der Eingliederungshilfe zählt. Das Ziel von 30.000 Unterschriften für das Quorum ist bereits nach nur einer Woche erreicht worden! Doch jede weitere Unterschrift **bis zum 25. Mai** zählt trotzdem. Jede Mitzeichnung gegen Kürzungen an der Eingliederungshilfe stärkt das Anliegen.

Wer mehr über die [Hintergründe und Ziele der Petition](#) erfahren möchte, findet ausführliche Informationen auf der Website der Lebenshilfe. Dort wird erklärt, warum die Eingliederungshilfe so wichtig ist und welche Folgen Einschränkungen haben könnten.

<https://www.lebenshilfe.de/informieren/familie/eingliederungshilfe-und-das-bundesteilhabegesetz/teilhabe-ist-menschrecht>

Wortlaut der Petition (PDF):

https://www.lebenshilfe.de/fileadmin/Redaktion/Bilder/4_Mitmachen/Kampagnen/Petition_195716_Petitionstext.pdf

Die Petition in Leichter Sprache (PDF):

https://www.lebenshilfe.de/fileadmin/Redaktion/PDF/2_Informieren/Petition-leichteSprache_03-2026.pdf

Zur Petition:

<https://www.teilhabeistmensenrecht.de/>

INHALT

Neues aus der Selbsthilfe | Neues aus Politik und Gesellschaft | Termine | Neulich in... | Lust auf mehr...

Neues aus der Selbsthilfe

Wir suchen weiterhin neue, engagierte Vorstände!

Bitte gerne melden!

Mehr Infos dazu im Newsletter Februar und in *informiert!* Ostern 2026

<https://anthropoi-selbsthilfe.de/angebote/veroeffentlichungen/gut-informiert-durch-informiert/>

Neues aus Politik und Gesellschaft



Protesttag am 5. Mai

Am 5. Mai findet **der Europäische Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung** statt. Das Motto: Menschenrechte sind nicht verhandelbar! Sie können sich gerne vor Ort beteiligen. Auf ihrer Webseite informiert die Aktion Mensch ausführlich zum Protesttag. Dort finden Sie auch weitere Materialien für Ihre Aktionen.

<https://www.aktion-mensch.de/das-bewirken-wir/protesttag-5-mai>

Beispiel Berlin:

<https://www.protesttag-behinderte.de>

Karte der geplanten Aktionen in Deutschland:

<https://www.aktion-mensch.de/das-bewirken-wir/protesttag-5-mai#88672>

Paritätischer: Massive Kürzungsvorschläge bei Kindern, Jugendlichen und Menschen mit Behinderung

Ein aktuelles Arbeitspapier von Bund, Ländern und kommunalen Spitzenverbänden enthüllt drastische Kürzungspläne in der Kinder- und Jugendhilfe und der Eingliederungshilfe.

Ein bislang internes Arbeitspapier enthält Vorschläge für erhebliche Kürzungen im Sozialbereich, insbesondere in der Kinder- und Jugendhilfe und der Eingliederungshilfe.

Würden diese Kürzungen umgesetzt, wären Kinder, Jugendliche und Menschen mit Behinderungen massiv betroffen.

Das Arbeitspapier enthält Vorschläge der kommunalen Spitzenverbände sowie von Ministerien aus Bund und Ländern. Sie umfasst Kürzungen von mindestens 8,6 Milliarden Euro, wobei viele vorgeschlagene Maßnahmen in ihrem finanziellen Umfang noch nicht ermittelt sind.

<https://www.der-paritaetische.de/alle-meldungen/massive-kuerzungsvorschlaege-bei-kindern-jugendlichen-und-menschen-mit-behinderung/>

Behindertenbeauftragter der Bundesregierung: Konferenz der Beauftragten von Bund und Ländern für Menschen mit Behinderungen (KBB) positioniert sich zur Diskussion um Leistungskürzungen

Die Beauftragten von Bund und Ländern für Menschen mit Behinderungen veröffentlichen zum Abschluss ihres 71. Treffens in Celle am 22./ 23. April 2026 eine gemeinsame Position zu den diskutierten Leistungskürzungen. Damit nehmen sie Bezug auf das geleakte Arbeitspapier „Effizienter Ressourceneinsatz bei Leistungsgesetzen“ vom 25. März 2026, das von einer Arbeitsgruppe aus Bund, Ländern und Kommunen verfasst wurde (s. vorherige Meldung).

Die Kürzungsüberlegungen lassen weitreichende Einschnitte in der Kinder- und Jugendhilfe sowie der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen erwarten. Die Vorschläge würden zu unzumutbaren Einschnitten in der Teilhabe von Menschen mit Behinderungen führen. Deutlich ist, dass die vorgeschlagenen Maßnahmen nicht mit den Vorgaben der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) vereinbar wären.

Besonders problematisch ist die geforderte Einschränkung des Wunsch- und Wahlrechts, das Grundlage für eine selbstbestimmte Lebensführung von Menschen mit Behinderungen ist. Zudem wird das Ziel des Bürokratieabbaus kaum angegangen, dafür aber die Beschneidung der Rechte von Menschen mit Behinderungen forciert. Einige der Vorschläge, wie die Absenkung der Vermögensfreigrenzen in der Eingliederungshilfe, stehen sogar im Widerspruch zum erklärten Anliegen des Bürokratieabbaus. Andere Vorschläge lasten unerledigte Aufgaben wie den barrierefreien Ausbau des ÖPNV den Menschen mit Behinderungen an oder würden Folgekosten generieren, die weit über möglichen Einsparungen stünden.

In ihrer Gesamtschau sind die Vorschläge nicht geeignet, die erforderliche Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe unter dem Blickwinkel der Teilhaberechte von Menschen mit Behinderungen und der angestrebten Dämpfung der Kostendynamik auszugestalten. Sie sind damit abzulehnen.

https://www.behindertenbeauftragter.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/AS/2026/PM4_KBB-Treffen_Celle.html

Empfehlungen des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V. zur Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen

Mit den vorliegenden Empfehlungen gibt der Deutsche Verein Hinweise, die eine effektivere und effizientere Umsetzung und Ausgestaltung der reformierten Eingliederungshilfe unterstützen sollen. Hierfür sind auch Möglichkeiten zu nutzen, um Steuerungspotenziale zu heben und den Grundsatz der Angemessenheit zu wahren. Handlungsleitend für die Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe nach SGB IX sollte dabei das in den §§ 1 und 4 SGB IX und für die Eingliederungshilfe speziell in § 90 SGB IX formulierte Ziel des Reha- und Teilhaberechts sein, Menschen mit Behinderungen ein möglichst selbstbestimmtes Leben und Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen. Ziel muss es sein, personenzentrierte und bedarfsgerechte Leistungen auch unter den sich ändernden Rahmenbedingungen sicherzustellen.

<https://www.deutscher-verein.de/empfehlungen-stellungnahmen/detail/empfehlungen-des-deutschen-vereins-fuer-oeffentliche-und-private-fuersorge-ev-zur-weiterentwicklung-der-eingliederungshilfe-fuer-menschen-mit-behinderungen/>

Stellungnahme des Paritätischen Gesamtverbandes zum Referentenentwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) vom 13. April 2026

Das Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) sowie das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) haben einen Referentenentwurf zur Änderung des AGG vorgelegt. Die vorgesehenen Änderungen und Ergänzungen dienen zunächst der Umsetzung europarechtlicher Vorgaben zu den Standards für Gleichbehandlungsstellen gemäß den Richtlinien (EU) 2024/1499 und (EU) 2024/2500. Darüber hinaus sollen sie zur ergänzenden Umsetzung der Richtlinie 2004/113/EG...

<https://www.der-paritaetische.de/alle-meldungen/stellungnahme-des-paritaetischen-gesamtverbandes-zum-referentenentwurf-eines-zweiten-gesetzes-zur-aenderung-des-allgemeinen-gleichbehandlungsgesetzes-agg-vom-13-april-2026/>

Stellungnahme der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e.V. (BAGFW) zum Referent*innenentwurf „Erstes Kinder- und Jugendhilfestrukturereformgesetz (1. KJHSRG)“

Der Paritätische hat mit den in der Bundesarbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtspflege (BAGFW) organisierten Verbänden zum Referentenentwurf des Ersten Kinder- und Jugendhilfestrukturereformgesetzes Stellung genommen.

<https://www.der-paritaetische.de/alle-meldungen/stellungnahme-der-bundesarbeitsgemeinschaft-der-freien-wohlfahrtspflege-ev-bagfw-zum-referentinnenentwurf-erstes-kinder-und-jugendhilfestrukturereformgesetz-1-kjhsrg/>

Behindertenbeauftragter: Der Inklusionsbeirat zum BGG-Änderungsentwurf der Bundesregierung: erheblicher Nachbesserungsbedarf nötig

Der Inklusionsbeirat der Staatlichen Koordinierungsstelle nach Art. 33 UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) hat sich heute mit einem Schreiben an die Abgeordneten der Regierungsfractionen im Deutschen Bundestag gewendet, um auf

konkrete Punkte zur Nachbesserung beim Gesetzesentwurf zur Änderung des Behindertengleichstellungsgesetzes (BGG) hinzuweisen. Nach Einschätzung des Inklusionsbeirates, dessen Vorsitzender der Behindertenbeauftragte der Bundesregierung Jürgen Dusel ist, bleibt der Entwurf in zentralen Punkten hinter der UN-BRK zurück, er verbessert die Barrierefreiheit kaum und stärkt den Schutz vor Benachteiligung nicht hinreichend.

https://www.behindertenbeauftragter.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/AS/2026/PM3_Inklusionsbeirat_BGG.html

Termine

BTHG & Co – Die Online-Sprechstunde zu Sozialrecht, Sozialpolitik und rechtlicher Betreuung

Montag, 18. Mai 2026 um 19.00 Uhr

Thema: „Übernahme der rechtlichen Betreuung durch Geschwister (oder andere Verwandte/Freunde)“

Referent: RAin Sabine Westermann und Geschwistererfahrungen

Anmeldungen bitte an info@anthropoi-selbsthilfe.de

Mitgliederversammlung des Freundeskreis Camphill

13. Juni 2026

In der Camphill Dorfgemeinschaft Hermannsberg.

<https://freundeskreis-camphill.de/aktuelles/aktuelle-meldungen/>

Anthropoi Selbsthilfe Tag 2026

„Was ist gute Arbeit? Selbstbestimmung, Rechte, Chancen“
(mit Mitgliederversammlung und Wahl des Vorstands)

Samstag, 19. September 2026

In der Albrecht-Strohschein-Schule in Oberursel bei Frankfurt/M.

Termin bitte vormerken!

Herbsttagung der Sektion für inklusive soziale Entwicklung

2. bis 6. Oktober 2026

„Fülle und Grenzen – Übergänge als Chance“

Goetheanum in Dornach / Schweiz

<https://inclusivesocial.goetheanum.ch/de/nachrichten/internationale-tagung-2026>

Neulich auf dem...

... Auenhof: Inklusiver Anthropoi Selbsthilfe Tag Baden-Württemberg

„Begleitung und Assistenz – „Nicht über uns ohne uns“



Rund 40 Menschen mit und ohne Assistenzbedarf trafen sich Ende März auf dem Auenhof bei Pforzheim. Auch wenn der überwiegende Teil der Teilnehmer*Innen von der gastgebenden Einrichtung stammte, so waren doch von 4 weiteren Einrichtungen Menschen gekommen, sodass ein reger Austausch unterschiedlicher Erfahrungen stattfinden konnte. Im Podiumsgespräch zu Beginn der Tagung berichteten zwei Selbstvertreter, eine Mitarbeiterin sowie ein Angehöriger von ihren Erfahrungen mit Begleitung und Selbstbestimmung. In den inklusiven World-Cafés wurde dann das Thema in den Bereichen Wohnen, Arbeit und Freizeit vertieft.

Deutlich wurde wieder einmal, dass die betroffenen Menschen wissen, wie sie ihr Leben gestalten wollen. Und dass sie dafür aber ein Umfeld brauchen, das offen und bereit ist, ihnen zuzuhören und nicht die eigenen Vorstellungen aufdrängen oder gar überstülpen will. „Personenzentrierung“ nicht nur auf dem Papier, Übergänge mit Entwicklungs- und Rückkehrmöglichkeiten, individuelle Lösungen, wirkliches Wunsch- und Wahlrecht, all das kam immer wieder an den Tischen zur Sprache.

So schilderte z.B. eine junge Teilnehmerin, dass sie sehr gerne zwei Tage in der Woche in einer Bäckerei auf dem 1. Arbeitsmarkt arbeitet, die drei anderen Tage aber lieber in der Wäscherei der Einrichtung. So fühlt sie sich von der Arbeit nicht überfordert und schätzt das soziale Miteinander mit den anderen Werkstattbeschäftigten. Auch fließende Übergänge vom Werkstatt- in den Betreuungsbereich wurden angesprochen, eingestreute FuB-Plätze, Transfergruppen als Übergang zum FuB- sowie dem Arbeitsbereich, mehrere Arbeitsplätze im Wechsel... - hier gilt es immer wieder neu zu denken und nach individuellen Lösungen zu suchen. Die anwesenden Werkstatträte und Frauenbeauftragte erinnerten daran, dass sie sich für ihre Arbeit noch mehr Unterstützung und Wertschätzung auf Augenhöhe wünschen. Sie sind die Fachleute in eigener Sache und haben auch die Menschen mit höherem Hilfebedarf im Blick.

Auch beim Wohnen wurden recht unterschiedliche Bedürfnisse und Wünsche deutlich. Ein Mensch mit Assistenzbedarf, der noch zuhause wohnt, fragte sich z.B. was wohl wird, wenn es die Eltern nicht mehr gibt und die Einrichtung, in der er bereits arbeitet, dann vielleicht keinen freien Wohnplatz für ihn hat? Manche fühlen sich in der besonderen Wohnform wohl und möchten gar nicht selbständig wohnen. Oder das Paar, das zusammen in einer WG der Assistenz im Wohn- und Sozialraum (früher ambulant betreutes Wohnen) mit anderen wohnt, weil der Alltag in einer ganz separaten Wohnsituation wohl noch zu fordernd wäre. Bei einem anderen Paar wurde deutlich, dass der Wunsch nach einer gemeinsamen ambulanten Wohnsituation wegen unterschiedlichem Assistenzbedarf leider auf hohe Hürden stößt.

Eine individuelle Freizeitgestaltung ist meist auch nur bedingt möglich: Personalmangel oder nicht im Gesamtplan berücksichtigte - und damit nicht finanzierte - Bedarfe setzen enge Grenzen. An manchen Plätzen ist die Einbindung im Sozialraum gut, Sportvereine, Kirchengemeinden oder Volkshochschulen können je nach persönlichem Wunsch besucht werden. Oft ist auch hier die Unterstützung der Eltern gefragt.

Und deutlich wurde auch, wie wichtig neben den Bemühungen der Einrichtungen die Unterstützung von uns Angehörigen und rechtlichen Betreuern ist, damit die Menschen mit Assistenzbedarf zu mehr Selbstbestimmung und zu ihrem Recht kommen. Das betrifft auch gerade die Menschen, die sich vielleicht nicht selbst entsprechend zu Wort melden können. Lassen wir keine Chance ungenutzt, unsere Angehörigen im Sinne von „nicht über uns ohne uns“ zu begleiten und zu stärken!

(Jutta Neuhauser-Wichtler)

Lust auf mehr...

Nachrichtenleicht – die Nachrichten in Einfacher Sprache

Seit Anfang April bietet der Deutschlandfunk von Montag bis Freitag einen tagesaktuellen Nachrichtenpodcast in einfacher Sprache an. Der neue tägliche Podcast informiert in rund fünf Minuten über die wichtigsten Nachrichten aus Politik, Gesellschaft, Wirtschaft, Kultur und Sport.

<https://www.deutschlandfunk.de/podcast-nachrichtenleicht-der-wochenrueckblick-in-einfacher-sprache-100.html>

Sie können nachrichtenleicht als Podcast abonnieren. Das bedeutet: Neue Podcast-Folgen werden automatisch auf Ihren Computer oder auf Ihr Smart-Phone geladen.

Sie können die Nachrichten in Einfacher Sprache dann anhören, wann Sie es möchten. Der nachrichtenleicht-Podcast erscheint montags bis freitags um 19 Uhr. Mehr Nachrichten in Einfacher Sprache unter: <https://www.nachrichtenleicht.de>.

Impressum

Anbieterkennzeichnung gemäß § 5 Digitale Dienste Gesetz

Im Auftrag des Vorstandes von Anthropoi Selbsthilfe: Rukiye Keskin
Herausgegeben von der Beratungs- und Geschäftsstelle der
Bundesvereinigung Selbsthilfe im anthroposophischen Sozialwesen e.V.
(Anthropoi Selbsthilfe)

Argentinische Allee 25 | 14163 Berlin
Tel. 030 / 80 10 85 18 | Fax 030 / 80 10 85 21

E-Mail: info@anthropoi-selbsthilfe.de

<https://anthropoi-selbsthilfe.de>

Anthropoi Selbsthilfe wird gesetzlich vertreten durch den Vorstand: Andreas Enke, Dr. Maya Halatcheva-Trapp, Volker Hauburger, Jutta Neuhauser-Wichtler

[Datenschutzerklärung](#).

Fotos: A. Leuthold | J. Neuhauser-Wichtler | Grafiken: BV Lebenshilfe und Paritätischer

Ihre Spende hilft!

Jeder Betrag zählt – für unseren Einsatz für Menschen mit Assistenzbedarf.

Bundesvereinigung Selbsthilfe im anthroposophischen Sozialwesen e. V.
Argentinische Allee 25 • 14163 Berlin
Tel. 030 / 80 10 85 18 • Fax 030 / 80 10 85 21
info@anthropoi-selbsthilfe.de • www.anthropoi-selbsthilfe.de



Spendenkonto bei der SozialBank Köln, BIC: BFSW DE33 XXX
IBAN: DE65 3702 0500 0003 2472 01

Wenn Sie künftig diesen Newsletter nicht mehr erhalten möchten, teilen Sie uns dies bitte einfach mit: an info@anthropoi-selbsthilfe.de